

Regionalpolitik - Weltpolitik

Europaforum Wachau – 22. Mai 2011, Stift Göttweig

**ANSPRACHE VON MERCEDES BRESSO, PRÄSIDENTIN DES AUSSCHUSSES DER
REGIONEN**

Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister, sehr geehrte Landeshauptleute,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich den Veranstaltern und insbesondere Erwin Pröll dafür danken, dass mir die große Ehre zuteil wurde, heute im Rahmen des renommierten Europaforums Wachau sprechen zu dürfen.

Das für die beiden Tage gewählte Thema ist brandaktuell und mir persönlich ein ganz besonderes Anliegen, geht es doch darum, die Stärken und Schwächen der europäischen Regionalpolitik zu beleuchten, und zwar nicht nur als einer Politik zur Entwicklung der Gemeinden und Regionen, sondern auch als einer Politik zur Förderung der globalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Regionen sowie als ein weltweit nachahmenswertes Modell eines Regierens, das eine ausgewogene territoriale Entwicklung gewährleistet.

In meinen Ausführungen werde ich daher versuchen darzulegen, welchen Standpunkt der Ausschuss der Regionen – der Vertreter aller lokalen und

regionalen Gebietskörperschaften in Europa – zu diesen drei Bereichen vertritt.

1 – Wie Sie wissen, hat sich der **Ausschuss der Regionen** seit seiner Gründung im Jahr 1994 stets **mit großem Engagement in die Debatten über die europäische Kohäsionspolitik eingebracht** - die einzige "europäische Politik der territorialen Entwicklung", um einen von Fabrizio BARCA geprägten Begriff aufzugreifen.

Worauf ist dieses Engagement des Ausschusses der Regionen zurückzuführen?

- Zunächst einmal darauf, dass es sich hierbei um eine Politik handelt, die vor Ort, auf der lokalen und regionalen Ebene umgesetzt wird. Es ist dies eine Politik, mittels derer das übliche Dilemma zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung überwunden werden kann, indem das Wohl der Mitgliedstaaten und Europas mit den Interessen der Gemeinden und Regionen in Einklang gebracht wird. Das **System des Regierens auf mehreren Ebenen** schafft nämlich eine "kreative Spannung" zwischen den Interessen und den Bedürfnissen der einzelnen Regierungs- und Verwaltungsebenen.
- Der zweite Grund ist, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in vielen Mitgliedstaaten den **Löwenanteil an Mitteln zur Kofinanzierung der Strukturfonds** bereitstellen. Es ist daher nur zu **legitim**, dass die Vertreter der Gebietskörperschaften, für die der AdR auf der europäischen Ebene als Mittler auftritt, bei den drei EU-Institutionen – der

Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament – mit ihren Vorschlägen Gehör finden.

- Der dritte Grund ist schließlich, dass die Regionen die am besten für die Umsetzung von Maßnahmen zur territorialen Entwicklung geeignete Regierungs- und Verwaltungsebene sind, weil sie ihre eigenen Stärken und Schwächen, jene der örtlichen Wirtschaft und des dortigen Hochschul- und Forschungswesens sowie die sozialen Probleme kennen.

Wo stehen wir heute?

Das Jahr 2011 ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der Kohäsionspolitik bis 2020 und darüber hinaus. Seit Herbst vorigen Jahres erörtern wir in Brüssel die Vorschläge, die in dem Entwurf für eine **Überarbeitung des EU-Haushalts** sowie im **5. Kohäsionsbericht** unterbreitet wurden, um gut auf die diesen Sommer beginnenden Verhandlungen vorbereitet zu sein.

Dabei sind die Regionen - wie z.B. Niederösterreich, dessen aktives Engagement ich positiv hervorheben möchte -, und der Ausschuss der Regionen nicht untätig geblieben. Wir haben uns bei unterschiedlichen Gelegenheiten (und auch jüngst auf dem informellen Treffen der Minister für Regionalpolitik am 19./20. Mai in Gödöllö) und auf unterschiedliche Art zu Wort gemeldet. Insbesondere haben wir Stellungnahmen verabschiedet und in den Medien das Wort ergriffen.

Wie lautet **unsere Botschaft? Was wollen wir** für den Zeitraum nach 2013?

➔ In erster Linie vertreten wir nachdrücklich die Auffassung, dass **alle Regionen Europas** in den Genuss der Kohäsionspolitik kommen müssen, auch wenn die Fördermittel in Abhängigkeit vom jeweiligen Entwicklungsstand unterschiedlich zu verteilen sind.

Jeder Region muss es möglich sein, ihre Entwicklungsvorhaben mit Unterstützung aus Europa umzusetzen. Eine solche Garantie ist gleichzeitig der **beste Schutz gegen die Verfechter einer Renationalisierung** (die es im Rat, aber auch im Europäischen Parlament gibt...).

Eine Kürzung der kohäsionspolitischen Mittel kommt einer Infragestellung des zusätzlichen Nutzens dieser Politik für Europa gleich – eines zusätzlichen Nutzens, der sich nicht nur in der Förderung der territorialen Zusammenarbeit bzw. von Infrastrukturinvestitionen in den benachteiligten Regionen zeigt, sondern dem auch eine qualitative Dimension innewohnt.

Dabei muss im Auge behalten werden, dass die **Kohäsionspolitik sich nicht nur auf eine finanzielle Umverteilung beschränkt**, sondern *"überall dort, wo die Fallen der wirtschaftlichen Ineffizienz bzw. der sozialen Ausgrenzung lauern"*, auf *"eine Stärkung der Entwicklung mittels öffentlicher Güter und Dienstleistungen"*¹ abzielt.

Es gilt, die Konsequenzen aus dem **Paradigmenwechsel** im ländlichen Bereich zu ziehen, auf den die OECD bereits im Jahr 2006 hingewiesen hat. In ihrem 5. Kohäsionsbericht vertritt die Kommission die Auffassung, dass *seit ca. zehn Jahren ein schrittweises Abgehen von einer auf die Verringerung der Disparitäten ausgerichteten Politik hin zu einer Politik zu beobachten ist, die auf eine Stärkung der regionalen und*

¹ BARCA-Bericht

nationalen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist und bei der die Ausschöpfung des Potentials der Regionen im Mittelpunkt steht.

➔ Darüber hinaus fordern wir einen **EU-Haushalt, der dem Bedarf und den anstehenden Vorhaben gerecht wird.**

Obwohl bestimmte wirtschaftliche Disparitäten zwischen den Mitgliedstaaten und auch zwischen den europäischen Regionen verringert werden konnten, bestehen innerhalb der einzelnen Regionen und insbesondere in den Großstädten, in denen sich zunehmend soziale Gettos bilden, nach wie vor zahlreiche Ungleichheiten bzw. verschärfen sich diese sogar... Die Auswirkungen der Krise werden insbesondere dann, wenn die öffentlichen Haushalte immer stärker unter Druck geraten, voraussichtlich noch lange zu spüren sein. Immer dringlicher werden außerdem die **globalen Herausforderungen**, denen sich unsere Gemeinden und Regionen und deren Bürgerinnen und Bürger gegenüber sehen, wie z.B. die Globalisierungen und der Klimawandel.

Nicht alle Gemeinden und Regionen können gleich schnell reagieren; hinzu kommt, dass oftmals zu einem Problem weitere Benachteiligungen hinzutreten. Um das **Ziel des territorialen Zusammenhalts** zu erreichen, muss die EU daher auch künftig mindestens ebenso viele Finanzmittel für die Kohäsionspolitik bereitstellen wie im vorherigen Planungszeitraum.

2- Eine der wichtigsten – und derzeit zweifellos kontroversiellsten - Fragen ist die **Abstimmung zwischen der Kohäsionspolitik und der Strategie Europa 2020**. Indirekt stellt sich hier die Frage nach der besten globalen Wettbewerbsstrategie für Europa und seine Regionen.

Insgesamt ist zu begrüßen, dass die Strategie Europa 2020 eine im Vergleich zu bisher ausgewogenere und realistischere Zukunftsperspektive eröffnet. Sie trägt allen drei Facetten des Wachstums Rechnung: dem Aspekt "Technik und Innovation", dem Aspekt "Wirtschaft und Nachhaltigkeit" und dem Aspekt "soziale Integration".

Sicher werden sich nur wenige Politikerinnen und Politiker in Europa gegen ein Wachstumsziel aussprechen. Aber die Metapher von der Henne und dem Ei lässt sich nicht nur auf die Beziehung zwischen Wachstum und Beschäftigung, sondern auch auf jene zwischen Wachstum und Zusammenhalt anwenden. Ist es das Wachstum, das den Zusammenhalt stärkt, oder schafft der Zusammenhalt Wachstum?

Zieht man – wie im Barca-Bericht – die statistischen Daten von Eurostat heran, oder analysiert man die zahlreichen im Rahmen des 7. EU-Rahmenprogramms durchgeführten Studien, so zeigt sich, dass das Wachstum seit gut zwölf Jahren mit einer Vergrößerung der Einkommensunterschiede in den Mitgliedstaaten einhergeht. Daraus schließe ich persönlich, **dass ein nachhaltiges Wachstum wohl eher mittels stärkerem Zusammenhalt gewährleistet werden kann.**

Der Ausschuss der Regionen will daher die diesbezüglich im Barca-Bericht angestellten Analysen weiter vertiefen und vertritt die Auffassung, dass es im kommenden Programmplanungszeitraum eine gerechtere und transparentere Aufteilung zwischen den **beiden großen Zielen der Kohäsionspolitik** zu gewährleisten gilt, also zwischen dem Ziel "**Effizienz**" (*das gewährleisten soll, dass alle Regionen ihr Entwicklungspotenzial voll ausschöpfen können*) und dem Ziel "**Gleichheit**" (*mit dem sichergestellt werden soll, dass alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig von ihrem Wohnort, gleiche Chancen haben*),.

Ganz konkret heißt dies in unseren Augen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen mittels einer Kohäsionspolitik, die der **territorialen Dimension** umfassend Rechnung trägt und eine **sektorübergreifende und integrierte Herangehensweise** sicherstellt, erheblich gestärkt werden könnte.

Außerdem dürfen wir uns nicht an eine überholte Vorstellung von Wirtschaft und Finanzen klammern. Die Wettbewerbsfähigkeit muss anhand neuer sozialer und ökologischer Indikatoren gemessen werden. Aus diesem Grund vertritt der Ausschuss der Regionen die Auffassung, dass **ergänzende Indikatoren zum BIP** erarbeitet werden müssen, die nicht nur eine Messung der erzielten Fortschritte und eine bessere Überwachung der Kohäsionspolitik ermöglichen, sondern auch eine ausgewogenere Verteilung der Finanzmittel entsprechend der Probleme und der Bedürfnisse der Gemeinden und Regionen.

3 – Abschließend möchte ich noch auf die Vorbildwirkung der europäischen Kohäsionspolitik auf internationaler Ebene eingehen. Sie wissen wahrscheinlich, dass die internationalen Organisationen und zahlreiche Staaten, darunter insbesondere auch große Länder wie China, Brasilien oder Russland, ein immer größeres Interesse an unserer Regionalpolitik zeigen.

Angesichts wachsender territorialer und sozialer Unterschiede suchen diese Länder nach Möglichkeiten, die Gegensätze zu verringern und zu gewährleisten, dass das Wirtschaftswachstum stärker den Bürgerinnen und Bürgern und den benachteiligten Regionen zu gute kommt.

In der Praxis bedeutet dies, dass die Europäische Kommission und der Ausschuss der Regionen immer häufiger gebeten werden, Methoden zur Sicherstellung einer ausgewogeneren sozialen und territorialen Entwicklung zu erläutern. Die meisten Schwellenländer haben sowohl **ökologische als auch soziale Mehrkosten** zu schultern, die ihnen aus dem **mangelnden territorialen Zusammenhalt** erwachsen, und glauben, dass die Politik der Europäischen Union diesbezüglich auch für sie vielversprechend ist.

Ich bin der Auffassung, dass die wichtigste Inspirationsquelle für die Kohäsionspolitik in der Art ihrer Umsetzung liegt, nämlich in der **Multi-Level-Governance**. Im Rahmen dieser Politik arbeiten alle Regierungs- und Verwaltungsebenen in einer **vertikalen Partnerschaft** und alle wirtschaftlichen und sozialen Akteure eines bestimmten Gebietes in einer **horizontalen Partnerschaft** zusammen. Dieses System stärkt nicht nur die Effizienz der Regionalpolitik, sondern auch das Engagement sämtlicher Entscheidungsträger und Partner für Projekte der territorialen Entwicklung.

Ich möchte dies so zusammenfassen: Wenn so viele Länder – und nicht die kleinsten und unwichtigsten – so großes Interesse an "unserer" europäischen Kohäsionspolitik zeigen, bedeutet dies wohl, dass sie die richtigen Lösungsansätze für bestimmte Herausforderungen bereithält, denen wir uns gegenwärtig gegenübersehen.

Ist es also möglich, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten tatsächlich die große Dummheit begehen, nicht die Mittel bereitzustellen, derer es für die Fortführungen der Politik der territorialen Entwicklung

nach 2013 bedarf - einer Politik, um die uns so viele Länder in der ganzen Welt beneiden?

Ich lasse Sie nun über diese Frage nachdenken und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.